

## **A n t r a g**

### **der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD**

### **Endometriose ernst nehmen – Versorgung verbessern, Aufklärung stärken, Forschung voranbringen**

#### I. Der Landtag stellt fest:

1. Endometriose ist eine häufige chronische Erkrankung, von der nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen etwa 10 bis 15 Prozent der Frauen im gebärfähigen Alter betroffen sind.
2. Viele Betroffene erleben lange Zeiträume bis zur gesicherten Diagnose, häufig über mehrere Jahre hinweg.
3. Endometriose führt zu erheblichen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Belastungen für die Betroffenen.
4. Aktuelle Auswertungen, unter anderem aus dem Arztreport 2026 „Endometriose – Trends und Risikofaktoren“ der BARMER Institut für Gesundheitssystemforschung, zeigen, dass die Zahl der diagnostizierten Fälle in Thüringen deutlich gestiegen ist, gleichzeitig jedoch weiterhin von einer relevanten Untererfassung auszugehen ist.
5. Der Landtag hat bereits Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Endometriose-Betroffenen beschlossen. Diese gilt es fortzuführen, weiterzuentwickeln und an aktuelle Erkenntnisse anzupassen.
6. In den vergangenen Jahren wurden auf Bundesebene, insbesondere im Rahmen von Innovationsfondsprojekten, neue Ansätze zur Verbesserung der Versorgung entwickelt.
7. Eine gute Versorgung erfordert frühe und sichere Diagnosen, qualifizierte Behandlung sowie eine stärkere gesellschaftliche Sensibilisierung.
8. Frühzeitige Präventions- und Versorgungsansätze im Bereich der gynäkologischen Versorgung – wie etwa die Thüringer Frühgeburtenvermeidungsaktion – haben wichtige Erkenntnisse für strukturierte Versorgungsmodelle und niedrigschwellige Präventionsangebote geliefert.

#### II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die öffentliche Aufklärung über Endometriose im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu stärken und dabei bestehende Informationsan-

- gebote sowie die Expertise von Betroffenenverbänden und Fachgesellschaften einzubeziehen;
2. gemeinsam mit den Akteuren des Gesundheitswesens Möglichkeiten zu prüfen, wie die Sensibilisierung für Endometriose verbessert und lange Diagnosewege reduziert werden können;
  3. bei der Vernetzung und Weiterentwicklung bestehender Versorgungsstrukturen im Rahmen der administrativen Möglichkeiten zu unterstützen;
  4. niedrigschwellige Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene und deren Angehörige zu stärken;
  5. sich gegenüber dem Bund, den zuständigen Selbstverwaltungspartnern im Gesundheitswesen sowie den wissenschaftlichen Fachgesellschaften für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Versorgung von Endometriose-Betroffenen einzusetzen;
  6. zu prüfen, inwieweit erfolgreiche Ansätze aus Präventions- und Gesundheitsprogrammen des Landes für Aufklärung, Information und Unterstützung von Endometriose-Betroffenen genutzt werden können;
  7. einen landesweiten Informationstag zum Thema Endometriose bestehender Initiativen und relevanter Akteure zu unterstützen;
  8. dem Landtag bis zum 31. Dezember 2028 über die Umsetzung der Nummern 1 bis 7 und die Versorgungssituation von Endometriose-Betroffenen in Thüringen, bestehende Unterstützungsangebote sowie weiteren Handlungsbedarf zu berichten.

**Begründung:**

Endometriose ist eine häufige, jedoch oftmals erst nach Jahren diagnostizierte chronische Erkrankung, die für die Betroffenen mit erheblichen gesundheitlichen und sozialen Belastungen verbunden sein kann.

Der Landtag hat bereits wichtige Impulse zur Verbesserung der Versorgung gesetzt. Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in Forschung und Versorgung sowie weiterhin bestehender Herausforderungen besteht weiterhin Handlungsbedarf bei Aufklärung, Sensibilisierung und Vernetzung der bestehenden Angebote.

Aktuelle Daten, unter anderem aus dem genannten Arztreport 2026, zeigen eine steigende Zahl diagnostizierter Fälle. Dies spiegelt einerseits eine höhere Aufmerksamkeit für die Erkrankung wider, verdeutlicht andererseits aber auch die Notwendigkeit weiterer Anstrengungen zur Verbesserung der Versorgungssituation.

Die Thüringer Frühgeburtenvermeidungsaktion hat gezeigt, dass niedrigschwellige und koordinierte Präventionsangebote im Bereich der gynäkologischen Versorgung wirksam sein können. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen können Anhaltspunkte für die Weiterentwicklung von Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten liefern.

Ziel des Antrags ist es, die öffentliche Wahrnehmung von Endometriose zu stärken, bestehende Versorgungs- und Unterstützungsstrukturen besser zu vernetzen und die Lebenssituation der Betroffenen nachhaltig zu verbessern.

Für die Fraktion  
der CDU:

Für die Fraktion  
des BSW:

Für die Fraktion  
der SPD:

Jary

Dr. Wogawa

Merz